

# Überschuldungsprävention durch verantwortliche Kreditvergabe

Gleichzeitig ein Beitrag  
zur Verbraucherkreditrichtlinie 2008/48/EG  
und ihrer nationalen Umsetzung

Von

Marcus Zahn



Duncker & Humblot • Berlin

# Inhaltsverzeichnis

## *Erster Teil*

### **Einführung und Grundlagen** **19**

<b>A. Einleitung</b> .....	19
<b>I.</b> Hohe Verbraucherüberschuldung als Begleiterscheinung des Verbraucher kreditgeschäfts. ....	19
<b>II.</b> Keine zufriedenstellende Lösung des Überschuldungsproblems nach bisherigem Recht .....	21
<b>III.</b> Untersuchungsanlass. ....	22
<b>IV.</b> Gang der Untersuchung. ....	25
<b>B. Grundlagen</b> .....	27
<b>I.</b> Zentrale Begrifflichkeiten. ....	27
<b>II.</b> Der Verbraucher kreditvertrag und seine Rolle im Prozess der Verbraucher überschuldung .....	30
1. Kreditvertragliche Interessenlage und Risikoverteilung .....	30
2. Ursachen der Überschuldung von Privatpersonen .....	31
<b>C. Notwendigkeit einer Regelung verantwortlicher Kreditvergabe</b> .....	33
<b>I.</b> Unzulänglichkeiten der bankinternen Kreditwürdigkeitsprüfung aus Verbraucherschutz Gesichtspunkten .....	33
1. Verbraucher kreditgeschäft als standardisiertes Massengeschäft .....	33
2. Versagen des kreditgeberischen Eigeninteresses als Mittel zur Überschuldungsprävention in besonderen Situationen. ....	34
<b>II.</b> Verbraucherschützende Regelungen zur Verhinderung eines Markt- versagens. ....	36

## *Zweiter Teil*

### **Der Überschuldung entgegenwirkende Instrumente nach bisherigem Recht** **39**

<b>A. Überschuldungsprävention nach bisherigem Recht</b> .....	40
<b>I.</b> Die Instrumente des bisherigen Verbraucher kreditrechts. ....	41
<b>I.</b> Überblick .....	41
a) Verbraucherschutz durch Information. ....	43
b) Regelung notleidend gewordener Kredite. ....	43

## Inhaltsverzeichnis

2. Die begrenzte Leistungsfähigkeit des bisherigen Verbraucher- kreditrechts im Hinblick auf die Bekämpfung der Verbraucher- überschuldung . . . . .	46
a) Die Defizite des Verbraucherbegriffs . . . . .	47
b) Der Inhalt der Verbraucherinformationen . . . . .	48
c) Unzureichende Regelung der Tätigkeit von Kredit Vermittlern ..	49
aa) Überblick über die bisherigen Regelungen der Darlehens- vermittlung . . . . .	49
(1) Der zivilrechtliche Rechtsrahmen . . . . .	49
(2) Der gewerberechtliche Rechtsrahmen . . . . .	52
bb) Missbrauch im Geschäft der Kreditvermittlung unter Geltung des bisherigen Rechts . . . . .	53
(1) Studie im Auftrag der SCHUFA Holding AG . . . . .	53
(2) Die Methoden unseriös handelnder Kreditvermittler... .	54
cc) Würdigung . . . . .	55
(1) Nur fragmentarischer Verbraucherschutz . . . . .	55
(a) Sachlich nicht zu rechtfertigende Beschränkung des Anwendungsbereichs . . . . .	55
(b) Unzureichende Abstimmung der einzelnen Regelungskomplexe sowie Fehlen bestimmter gewerberechtl. Voraussetzungen . . . . .	56
(c) Fortbestand nachteiliger wirtschaftlicher Anreize für Kreditvermittler . . . . .	56
(2) Mangelnde Rechtstreue . . . . .	57
II. Die zivilrechtlichen Generalklauseln . . . . .	57
1. § 138 BGB. . . . .	58
a) Der Wuchertatbestand des § 138 Abs. 2 BGB. . . . .	58
b) Das wucherähnliche Geschäft nach § 138 Abs. 1 BGB. . . . .	58
c) § 688 Abs. 2 Nr. 1 ZPO. . . . .	60
d) Sittenwidrige Überforderung von Mithaftenden . . . . .	61
aa) Der Ansatz der herrschenden Meinung . . . . .	61
bb) Sittenwidrigkeit allein wegen finanzieller Überforderung? .	62
2. § 242 BGB. . . . .	64
a) Aufklärungspflichten des Kreditgebers nach § 242 BGB. . . . .	64
aa) Aufklärungspflichten im Kreditgeschäft auf der Grundlage des § 242 BGB im Allgemeinen . . . . .	64
bb) Begrenzte Eignung von § 242 und § 241 Abs. 2 BGB für die Entwicklung weiterer kreditvertraglicher Aufklärungs- pflichten . . . . .	66
b) § 242 BGB als Kündigungsschranke . . . . .	67
III. Die Regelungen über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen . . . .	69
1. Überblick . . . . .	69
2. Die Schutzinstrumente des Fernabsatzrechts . . . . .	71

3. Keine spezifisch überschuldungspräventive Funktion im Verbraucher- kreditrecht .....	72
IV. AGB-Kontrolle .....	73
<b>B. Das Institut der Restschuldbefreiung</b> .....	75
<b>I. Die deutsche Rechtslage im Überblick</b> .....	76
<b>II. Hintergründe des Instruments der Restschuldbefreiung</b> .....	77
1. Argumente für und gegen die Restschuldbefreiung .....	77
2. Stellungnahme .....	78
a) Kein verfassungsrechtlich garantiertes Recht auf Entschuldung	78
aa) Keine Parallele zur verfassungsgerichtlichen Rechtspre- chung bezüglich der lebenslangen Freiheitsstrafe und der Gewährleistung des Existenzminimums. ....	78
bb) Keine Parallele zur Bürgschaftsrechtsprechung des Bun- desverfassungsgerichts. ....	79
b) Insolvenzverfahren und Wohlverhaltensperiode als psycholo- gische Barrieren gegen Missbräuche des Restschuldbefreiungs- verfahrens und das Absinken der Zahlungsmoral bei erhöhter Risikobereitschaft .....	80
c) Dennoch: Restschuldbefreiungsverfahren aufgrund seiner Nachteile keine Alternative zur Überschuldungsprävention ....	81
<b>III. Reformbestrebungen</b> .....	83
<b>IV. Aushöhlung verantwortlicher Kreditaufnahme durch zu geringe     Anforderungen an die Restschuldbefreiung</b> .....	84
<b>V. Fazit</b> .....	85

### *Dritter Teil*

## **Das Prinzip der verantwortungsvollen Kreditvergabe im Kommissionsentwurf von 2002 und im schweizerischen Recht**

<b>A. Der Grundsatz der verantwortungsvollen Kreditvergabe des Kommissionsentwurfs vom 11. September 2002</b> .....	87
<b>I. Überblick</b> .....	87
1. Die Vorschriften über die verantwortliche Kreditvergabe. ....	87
2. Ausweitung des Geltungsbereichs gegenüber der bisherigen Verbraucherkreditrichtlinie. ....	90
<b>II. Kreditvergabeverbot</b> .....	91
<b>III. Die wesentlichen Kritikpunkte</b> .....	93
<b>IV. Stellungnahme</b> .....	94
1. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit verantwortlicher Kreditvergabe	94
a) Vorüberlegungen .....	94
b) Eingriff in die formelle Vertragsfreiheit des Kreditgebers. . . .	96
c) Eingriff in die formelle Vertragsfreiheit des Kreditnehmers_____	97

d)	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung gegenüber dem Kreditgeber.....	98
aa)	Verhältnismäßigkeit.....	98
(1)	Legitimität von Zweck und Mittel als solches ....--....	98
(2)	Geeignetheit.....	99
(3)	Erforderlichkeit.....	99
(4)	Angemessenheit.....	100
bb)	Ergebnis.....	101
e)	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung gegenüber dem Kreditnehmer.....	101
aa)	Vorwurf der Entmündigung.....	101
(1)	Problematik der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit paternalistischer Grundrechtseingriffe.....	101
(2)	Schutz des Verbrauchers vor sich selbst nicht primär maßgebliches Motiv verantwortlicher Kreditvergabe ..	104
bb)	Ergebnis.....	104
2.	Stellungnahme zu den weiteren Kritikpunkten.....	105
a)	Ausschluss einkommenschwacher Bevölkerungsteile von der Kreditvergabe.....	105
b)	Installation einer „Zwangsberatung“ <sup>11</sup> und Verteuerung von Verbraucherkrediten.....	105
c)	Keine generelle Überflüssigkeit von Regelungen verantwortlicher Kreditvergabe.....	106
d)	Weitere Unzulänglichkeiten des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Konzepts.....	107
3.	Fazit.....	107
<b>B.</b>	<b>Das schweizerische Konsumkreditgesetz von 2001</b> .....	108
• I.	Das Prinzip der verantwortlichen Kreditvergabe im schweizerischen Recht.....	108
1.	Anwendungsbereich.....	109
a)	Vorliegen eines Konsumkreditvertrags nach Art. 1 KKG.....	109
b)	Keine Ausnahme vom Anwendungsbereich nach Art. 7 KKG..	110
2.	Die Kreditfähigkeitsprüfung nach dem Konsumkreditgesetz.....	112
a)	Die Kreditfähigkeitsprüfung nach Art. 28 KKG.....	113
aa)	Die gesetzlichen Kriterien der Kreditfähigkeit.....	113
bb)	Die fiktive Amortisation nach Art. 28 Abs. 4 KKG.....	115
cc)	Die gesetzlichen Kriterien der Kreditfähigkeit bei Leasingverträgen.....	116
dd)	Die gesetzlichen Kriterien der Kreditfähigkeit bei Kredit- und Kundenkartenkonten und Überziehungskrediten.....	118
3.	Die Informationsstelle für Konsumkredit...-.....	119
a)	Die gesetzliche Konzeption.....	119

aa)	Meldepflichten nach Art. 25 KKG	120
bb)	Meldepflichten nach Art. 26 KKG	120
cc)	Meldepflichten nach Art. 27 KKG	121
dd)	Zugang zu den von der IKO gespeicherten Daten und -- Pflicht zur Datenbankabfrage	122
b)	Kritik	123
4.	Die Kontrolle der für die Kreditfähigkeitsprüfung relevanten Daten	124
5.	Kredit vergäbe verbot	126
6.	Sanktionen	127
a)	Überblick	127
aa)	Differenzierung zwischen Art. 32 Abs. 1 und Abs. 2 KKG	127
bb)	Teleologische Auslegung	128
b)	Sonderfragen	128
aa)	Rückab wicklung bei Leasing vertragen	128
bb)	Keine tatsächlich bestehende Überschuldungsgefahr erfor- derlich	129
cc)	Rolle des Verschuldens des Kreditgebers	130
dd)	Die Rechtslage vor Kreditauszahlung	131
II.	Auswirkungen des revidierten schweizerischen Konsumkreditgesetzes auf die Kredit Vergabepaxis und die Überschuldungssituation in der Schweiz	132
1.	Entwicklung der Konsumentenüberschuldung in der Schweiz	132
2.	Umgehungstendenzen	133
3.	Verteuerung der Kredite?	135
III.	Fazit	135

*Vierter Teil*

**Die Verbraucherkreditrichtlinie 2008/48/EG  
und ihre Umsetzung**

137

<b>A.</b>	<b>Die Verbraucherkreditrichtlinie 2008/48/EG</b>	138
<b>I.</b>	Der Anwendungsbereich der Verbraucherkreditrichtlinie	139
<b>II.</b>	Das Vollharmonisierungskonzept	140
<b>III.</b>	Die standardisierten Informationspflichten	146
1.	Informationspflichten in der Werbephase	146
2.	Informationspflichten im vorvertraglichen Stadium	149
3.	Zwingende Angaben in Kreditverträgen/Informationspflichten während der Vertragslaufzeit	151
a)	Art. 10 VerbKrRL	151
b)	Art. 11 VerbKrRL	153
c)	Art. 12 VerbKrRL	154

4.	Überstrapazierung des Informationsmodells >.....	154
a)	Individualistischer Ansatz .....	155
b)	Marktwirtschaftlicher Ansatz .....	155
c)	Folgerungen im Hinblick auf die in der Verbrauchercredit-- richtiinic statuierten Informationspflichten .....	156
IV.	Die Regelungen der Art. 8 und Art. 5 Abs. 6 VerbKrRL .....	158
1.	Art. 8 VerbKrRL .....	158
a)	Überblick .....	158
b)	Rechtsnatur des Art. 8 VerbKrRL .....	159
c)	Begriff der Kreditwürdigkeit .....	160
d)	Kein Kredit vergäbe verbot, aber Aufklärungspflicht .....	162
2.	Art. 5 Abs. 6 VerbKrRL .....	165
a)	Überblick .....	165
b)	Aufklärungspflicht, grundsätzlich keine Beratungspflicht . . . .	166
3.	Keine weiteren Pflichten zur verantwortlichen Kreditvergabe auf- grund von Erwägungsgrund 26 der Verbrauchercreditrichtlinie ....	170
V.	Regulierung der Kredit Vermittlung .....	171
1.	Überblick . . . . .	172
a)	Begriff des Kreditvermittlers .....	172
b)	Pflichten des Kredi(Vermittlers) .....	172
c)	Würdigung .....	173
VI.	Fazit .....	175
<b>B.</b>	<b>Die Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie in das deutsche Recht</b>	<b>175</b>
<b>I.</b>	<b>Die Umsetzung der standardisierten Informationspflichten .....</b>	<b>177</b>
1.	Umsetzung des Art. 4 VerbKrRL (Standardinformationen in der Werbung) .....	177
a)	Überblick .....	177
b)	Erfordernis der Angaben in „klarer, verständlicher und auffälliger Weise" (§ 6a Abs. 1 PAngV) bzw. „klar und verständlich an gestalterisch hervorgehobener Stelle" (§ 6a Abs. 4 PAngV) .....	178
c)	Die ex-ante-Prognose zur Ermittlung des repräsentativen Bei- spiels nach § 6a Abs. 3 PAngV .....	179
aa)	Effektiver Jahreszins nicht als alleiniger Bezugspunkt des § 6a Abs. 3 Satz 2 PAngV .....	180
bb)	Fehlen von kredithistorischen Daten .....	181
cc)	Beweislast .....	181
d)	Sanktionen .....	182
2.	Umsetzung der (vor)vertraglichen standardisierten Informa- tionspflichten .....	183
a)	Systematik .....	183
b)	Die vorvertraglichen Informationspflichten .....	184
aa)	Überblick .....	184

bb) § 491a Abs. 1 BGB i.V.m. § 247 § 1 EGBGB. . . . .	185
(1) „Rechtzeitig vor dem Abschluss eines Verbraucher- darlehensvertrags“. . . . .	185
(2) Keine Bindung des Darlehensgebers an die vor- vertraglichen Informationen. . . . .	186
(3) Keine Pflicht zur Erfüllung der Vorvertrag liehen Informationspflichten bei fehlender Bereitschaft zum Vertragsschluss. . . . .	187
(4) Möglichkeit des Verzichts des Verbrauchers auf die vorvertraglichen Informationen?. . . . .	188
(a) Überblick über den Streitstand. . . . .	188
(b) Neubeurteilung im Bereich der Verbrauchercredit- richtlinie aufgrund von Art. 22 Abs. 2 VerbKrRL?. . . . .	189
cc) § 491a Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 247 § 2 EGBGB. . . . .	190
(1) Überblick. . . . .	190
(2) Die Fiktionswirkung des Art. 247 § 2 Abs. 3 EGBGB	192
dd) § 491a Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 247 §§ 3 bis 5 EGBGB..	193
(1) Überblick. . . . .	193
(2) Erläuterung anhand eines repräsentativen Beispiels (Art. 247 § 3 Abs. 3 EGBGB). . . . .	194
(3) Die Angabe der Berechnungsmethode des Anspruchs auf Vorfälligkeitsentschädigung (Art. 247 § 4 Abs. 1 Nr. 3 EGBGB). . . . .	196
(4) Angabe des Zeitraums, für den sich der Darlehens- geber an die übermittelten Informationen bindet (Art. 247 § 4 Abs. 1 Nr. 4 EGBGB). . . . .	197
ee) § 491a Abs. 2 BGB. . . . .	198
c) Die vertraglichen Informationspflichten nach § 492 Abs. 2 BGB i.V.m. Art. 247 §§ 6 bis 13 EGBGB. . . . .	199
aa) Überblick. . . . .	199
bb) Transparenzgebot . . . . .	199
cc) Weitere Erfordernisse nach § 492 BGB. . . . .	202
(1) Schriftformerfordernis (§ 492 Abs. 1 BGB). . . . .	202
(2) Keine Bezugnahmen möglich. . . . .	203
(3) Anspruch auf Überlassung einer Abschrift des Vertrags und eines Tilgungsplans nach § 492 Abs. 3 Satz 1, 2 BGB. . . . .	204
(4) § 492 Abs. 5 BGB. . . . .	206
d) Die Informationspflichten während des Vertragsverhältnisses ..	207
aa) Eingreifen der Unterrichtungspflicht und Auslegung der Formulierung „in regelmäßigen Zeitabständen“ (§§504 Abs. 1 Satz 1,505 Abs. 1 BGB). . . . .	208
bb) Begriff der „erheblichen Überziehung“ (§ 505 Abs. 2 BGB). . . . .	211



e)	Sanktionen . . . . .	212
aa)	Verstöße gegen § 491a Abs. 1 und 2 BGB. . . . .	212
bb)	Verstöße gegen § 492 BGB/§ 492 Abs. 2 BGB i.V.m. Art. 247 §§ 6 ff. EGBGB. . . . .	215 -
(1)	Nichtbeachtung der Form/Fehlen der Angaben nach Art. 247 §§ 6 und 9 bis 13 EGBGB. . . . .	215
(2)	Fehlerhafte Angaben nach Art. 247 §§ 6 ff. EGBGB. . . . .	217
(3)	Verstöße gegen § 492 Abs. 3 Satz 1 BGB. . . . .	218
(4)	Verstöße gegen § 492 Abs. 3 Satz 2 BGB. . . . .	219
(5)	Verstöße gegen § 492 Abs. 5 BGB. . . . .	219
(6)	Verstöße gegen Informationspflichten während der Vertragslaufzeit . . . . .	220
II.	Die Umsetzung von Art. 8 und Art. 5 Abs. 6 VerbKrRL . . . . .	220
1.	§§ 18 Abs. 2 KWG, 509 BGB. . . . .	221
a)	Gründe für die uneinheitliche Umsetzung in §§ 18 Abs. 2 KWG, 509 BGB. . . . .	221
aa)	Die Aussagen der Regierungsbegründung. . . . .	222
bb)	Stellungnahme. . . . .	222
(1)	Rechtsnatur des § 18 Abs. 2 KWG. . . . .	222
(2)	Gesetzeslücke als Folge der uneinheitlichen Um- setzung. . . . .	224
b)	Verhältnis von § 18 Abs. 2 KWG und § 509 BGB zueinander . . . . .	224
c)	Pflichten nach den §§ 18 Abs. 2 KWG, 509 BGB. . . . .	225
aa)	Die gesetzlichen Vorgaben . . . . .	225
bb)	Folgerungen. . . . .	226
(1)	Pflichtgemäßes Ermessen des Kreditgebers. . . . .	226
(2)	Kein Kredit vergebewerbot, aber Aufklärungspflicht . . . . .	227
• cc)	Abgrenzung zwischen § 18 Abs. 2 Satz 3 und Satz 4 KWG. . . . .	228
dd)	Geltung des § 18 Abs. 2 KWG für besondere Kredit- formen. . . . .	230
1)	Eingeräumte Überziehungsmöglichkeiten. . . . .	230
(2)	Keine Anwendung bei geduldeter Überziehung . . . . .	231
(3)	Immobilienkreditverträge. . . . .	232
d)	Schadensersatzansprüche bei Verstößen gegen § 509 BGB. § 18 Abs. 2 KWG . . . . .	234
aa)	Verstöße gegen § 509 BGB. . . . .	235
(1)	Individualschützende Wirkung. . . . .	235
(2)	Anspruchsgrundlagen. . . . .	235
bb)	Verstöße gegen § 18 Abs. 2 KWG. . . . .	237
(1)	Individualschützende Wirkung. . . . .	237
(2)	Anspruchsgrundlagen. . . . .	239
(a)	Ansprüche nach den §§ 280 ff. BGB. . . . .	239

(b)	Ansprüche nach den §§ 823 Abs. 2 BGB. 18 Abs. 2 KWG. ....	242
cc)	Zwischenergebnis. ....	243
dd)	Zurechnungsfragen. ....	243
(1)	Zurechnung im Rahmen der §§ 280 Abs. 1. 311 Abs. 2, 241 Abs. 2 BGB. ....	243
(2)	Zurechnung im Rahmen des § 823 Abs. 2 BGB. ....	244
(3)	Folgerungen. ....	245
ee)	Schadensersatz. ....	245
(1)	Meinungsstand in der Literatur. ....	246
(a)	Die Ansicht Hofmanns. ....	246
(b)	Die Ansicht Dehns. ....	248
(c)	Die Ansicht Schümbrands. ....	248
(2)	Eigene Lösung. ....	248
(a)	Valuta unverändert im Vermögen des Verbrauchers vorhanden. ....	249
(b)	Valutierung noch ausstehend. ....	251
(c)	Verbraucher hat Teil der Valuta verschenkt. ....	252
(d)	Verwendung der Valuta für die Anschaffung eines Gegenstands. ....	252
(e)	Schadensabwicklung in Form der Vertrags- anpassung. ....	253
(f)	Kausalität und Beweislast. ....	253
(g)	Kein freies Wahlrecht des Geschädigten zwischen Vertragsaufhebung und Vertragsanpassung. ....	255
(h)	Mitverschulden des Verbrauchers?. ....	257
ff)	Ergebnis. ....	258
e)	Sonstige Sanktionen. ....	259
0	Unvereinbarkeit der uneinheitlichen Umsetzung mit Art. 3 GG	260
g)	Rechtspolitische Kritik. ....	261
2.	§ 491a Abs. 3 BGB. ....	262
a)	Inhalt und Reichweite der Erläuterungspflicht. ....	263
b)	Standardisierung der Erläuterungspflicht. ....	266
c)	Bewertung. ....	268
d)	Sanktionen. ....	268
aa)	Schadensersatzanspruch des Verbrauchers. ....	268
bb)	Sonstige Rechte. ....	269
III.	Ergänzender Schutz vor Überschuldung durch § 497, § 498 BGB. ....	269
IV.	Die Umsetzung der Vorschriften über die Kreditvermittlung. ....	271
1.	Die Änderungen. ....	271
a)	Neufassung der Überschrift vor den §§ 655a ff. BGB. ....	272
b)	§ 655a BGB. ....	273
aa)	§ 655a Abs. 1 BGB. ....	273

bb) § 655a Abs. 2 Satz 1 BGB i.V.m. Art. 247 §13 Abs. 2 EGBGB.....	274
cc) Weitere Pflichten nach Art. 247 § 13 EGBGB.....	275
dd) § 655a Abs. 2 Satz 2 BGB i.V.m. § 491a BGB.....	277-
(1) Gesamtschuldnerschaft von Kreditgeber und Kreditvermittler in Bezug auf die Pflichten nach § 491a BGB.....	278
(2) § 655a Abs. 2 Satz 2 i.V.m. § 491a Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 247 §§ 1 ff. EGBGB.....	278
(3) § 655a Abs. 2 Satz 2 i.V.m. § 491a Abs. 2 BGB.....	279
(4) § 655a Abs. 2 Satz 2 i.V.m. § 491a Abs. 3 BGB.....	280
e) § 655b BGB.....	280
d) § 655c BGB.....	283
e) § 655d BGB.....	283
0 § 655e BGB.....	284
g) § 6a PAngV.....	285
h) § 34c Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a, § 56 Abs. 1 Nr. 6 GewO.....	286
2. Sanktionen.....	287
a) § 655a Abs. 2 Satz 1 BGB i.V.m. Art. 247 § 13 EGBGB. § 655b BGB.....	288
aa) Fehlende Angaben nach Art. 247 § 13 Abs. 2 EGBGB....	288
bb) Fehlerhafte Angaben nach Art. 247 § 13 Abs. 2 EGBGB..	289
(1) Meinungsstand.....	289
(2) Stellungnahme.....	290
cc) Keine analoge Anwendung des § 655b Abs. 2 BGB auf Kreditvermittlungsverträge zwischen dem Kreditvermittler und einem Dritten.....	293
b) § 655a Abs. 2 Satz 2 i.V.m. § 491a BGB.....	294
aa) Verhältnis zur Haftung des Kreditgebers.....	294
bb) Gesamtschuldnerschaft auch auf Haftungsebene.....	296
V. Fazit.....	297

### *Fünfter Teil*

## **Perspektiven** 299

<b>A. Regulierung des Konsumentenkredits in Anlehnung an das schweizerische Modell.....</b>	<b>300</b>
I. Zivilrechtliches Kreditvergabeverbot zur Verhinderung anfänglicher Überschuldung....."	300
II. Effektive Kontrolle der Kreditwerbung.....	301
<b>III.</b> Verhinderung bestimmter negativer Anreizstrukturen.....	302
IV. Reduktion der Informationspflichten.....	302
V. Strengere Anforderungen an Kreditvermittler.....	303

VI.	Keine Zertifizierung von Produkten. ....	304
VII.	Keine Gleichsetzung kreditrechtlicher Verhaltenspflichten mit solchen des Anlagegeschäfts. ....	305
VIII.	Mitverantwortung des Verbrauchers. ....	306
<b>B.</b>	<b>Immobilienkredite</b> .....	<b>307</b>
<b>I.</b>	Unterschiedliche Standards im Kreditgeschäft im Falle einer Umsetzung des Kommissionsvorschlags für eine Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge. ....	<b>310</b>
<b>II.</b>	Keine Notwendigkeit einer Neubewertung der Frage einer europäischen Regulierung der Immobilienkreditmärkte vor dem Hintergrund der Subprime-Krise. ....	<b>310</b>
<b>III.</b>	Keine Veranlassung für einen europäischen Rechtsakt. ....	<b>311</b>

*Sechster Teil*

	<b>Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse</b>	313
<b>Literaturverzeichnis</b> .....		339
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....		354